

Dieter Segert: Die Grenzen Osteuropas. 1918 – 1945 – 1989: Drei Versuche, im Westen anzukommen. Campus Verlag, Frankfurt/M. u.a. 2002. 339 S. (€ 39,90.)

Das „kurze 20. Jahrhundert“ (Hobsbawm) zeitigte für etliche europäische Staaten gleich mehrere diktatorische bzw. autoritäre Erfahrungen und gewaltsame Herrschaftswechsel. Dem Vf. geht es aber nicht – wie die drei Jahreszahlen im Titel vermuten lassen könnten – um die Darstellung der jeweiligen punktuellen Epochenumbrüche, sondern um eine strukturelle Beschreibung der Gründe für die Rückständigkeit und eventueller Modernisierungspotentiale einer europäischen Region. Dieter Segert läßt in seinen einführenden Bemerkungen die Problematik einer genauen Bestimmung dessen, was „Osteuropa“ ist bzw. sein soll, kurz anklingen, vertieft sich aber dann nicht weiter in die häufig akademischen Diskussionen. Zwar benennt er einerseits den Raum zwischen (West-)Deutschland und Rußland als Osteuropa, wobei er auch immer wieder Seitenblicke auf die Entwicklung in der Sowjetunion wirft. Wichtiger als historisch-kulturelle bzw. geographische Trennlinien ist ihm aber die staatssozialistische Erfahrung, die sein Untersuchungsfeld somit von der Elbe bis nach Wladiwostok reichen läßt und auch die balkanischen Staaten einbezieht. Ziel des Vf.s ist es, die zivilisatorischen Leistungen des Staatssozialismus einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Zunächst wird die Krise der Demokratie, die für viele europäische Staaten in der Zeit zwischen den Weltkriegen prägend wurde, betrachtet. Die unterschiedlichen Diktaturerfahrungen in jener Epoche werden vom Vf. nicht nur als rein chronologische Vorgeschichte für die Etablierung des Sozialismus nach 1945 gesehen. Er betont den modernisierenden Impetus der autoritären Regime und weist auf ihren teilweise traditionellen, teilweise modernen Charakter hin. Mit der zumindest partiellen Einbeziehung der Bevölkerung in das Herrschaftssystem – etwa mittels Staatsparteien in Polen und Ungarn – sieht S. bestimmte Entwicklungen der Nachkriegszeit vorweggenommen. In einem weiteren Schritt analysiert er, warum es überhaupt zu einer Etablierung sozialistischer Systeme in der von ihm untersuchten Region kommen konnte. Dabei hebt er sich wohlthuend von präsentistischen Darstellungen ab, die die Geschichte des Sozialismus nur von ihrem Scheitern her betrachten. Der gesellschaftspolitische Wandel in großen Teilen Europas kam nach dem Zweiten Weltkrieg nicht allein mittels der Bajonette Moskaus bzw. als eine Folge der europäischen Nachkriegsordnung von Jalta zustande. Die Kriegsergebnisse, das politische und sozialreformerische Potential des Sozialismus und nicht zuletzt seine Aufstiegsangebote an große Teile der Bevölkerung schufen ein Klima, in dem nur bedingt Zwang zur Etablierung der neuen Gesellschaftsordnung benötigt wurde. In ähnlichem Tenor kritisiert S. die nach 1989 vielerorts wiederlebte Totalitarismustheorie, die mit ihrer Überbetonung politisch-ideologischer Aspekte einen differenzierten Blick auf das Funktionieren der sozialistischen Herrschaft verstellt hat. Er fordert eine „Sozialgeschichte der politischen Macht des Staatssozialismus“ (S. 101) ein und weist auf zahlreiche Forschungsdesiderate hin. Nicht die dichotomische Gegenüberstellung Regime vs. Bevölkerung, sondern die differenzierten Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse bzw. die Kommunikationsprozesse zwischen den Eliten, den „Dienstklassen“ und der Bevölkerung interessieren ihn. Dabei spielen einerseits die Interessen der in diesem Machtgefüge agierenden Gruppen eine Rolle, andererseits macht der Vf. aber auch plausibel, daß es wichtig ist, nach den jeweiligen Identitäten zu fragen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß Ideologie und Zensur neben ihrer Funktion der Herrschaftsstabilisierung längerfristig auf die Bevölkerung einwirkten und einen „vopolitischen Wahrnehmungs- und Wertungsrahmen“ (S. 129) schufen, der prägend für Wünsche und Handlungen wurde. In dem sozialen Kräftefeld des Staatssozialismus war jedoch das Einwirken des Staates auf die Bevölkerung durch Ideologie und Zensur – bzw. vor allem in seiner Frühzeit durch Terror – keine Einbahnstraße. Insbesondere seit den sechziger Jahren reagierten die politischen Eliten zunehmend auf Forderungen der Bevölkerung, was mancherorts zur Entstehung eines „Konsumsozialismus“ führte. Die damit kurzfristig stabilisierte Herrschaft wurde auf lange Sicht untergraben, da diese

Politik gesellschaftliche Ansprüche legitimierte, die augenscheinlich von den westlichen Staaten besser befriedigt werden konnten.

Bei der Betrachtung des Zusammenbruchs des Staatssozialismus in Osteuropa plädiert der Vf. für eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen systemimmanenten Mechanismen, die zum Ende der sozialistischen Herrschaft beitrugen. Exemplarisch führt er mit der Analyse der Rolle der Reformkommunisten, der Wirtschaftsreformbestrebungen der sechziger Jahre sowie der Bedeutung der Kulturpolitik für den Systemwandel vor, wie eine solche Betrachtung jenseits des die Länder und die jeweiligen Wirkungsursachen homogenisierenden Blicks der Totalitarismustheorie aussehen kann. Für die Zeit nach 1989 stellt S. die in manchen Ohren sicher ketznerisch klingende Frage, welche Entwicklungspotentiale die staatssozialistische Erfahrung für den dritten Anlauf zur Demokratisierung in Osteuropa zur Verfügung stellt. In der vergleichenden Betrachtung mit der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen kommt er zu dem Ergebnis, daß die Erfolgsaussichten für die dauerhafte Etablierung einer demokratischen Ordnung in den Staaten Osteuropas im Vergleich zum Jahr 1918 deutlich gestiegen sind. Die Schlußfolgerung, „dass das Erbe einer eindeutig nichtdemokratischen Ordnung die Demokratie in erheblichem Maße gefördert hat“ (S. 275), bedarf jedoch sicher noch längerfristiger Analysen, die vor allem den Bereich der politischen Kultur im postkommunistischen Europa genauer in den Blick nehmen.*

Warschau/Warszawa

Claudia Kraft

* Diese Rezension erschien auch in: sehepunkte (www.sehepunkte.de).

Redrawing Nations. Ethnic Cleansing in East-Central Europe, 1944-1948. Hrsg. von Philipp Ther und Ana Siljak. Verlag Rowman & Littlefield. Lanham/Md. u.a. 2001. (Harvard Cold War Studies Book Series.) XI, 344 S., Kt.

Die auf Zwangsumsiedlungen und ethnische Säuberungen angelegte Bevölkerungspolitik in Mitteleuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde in der älteren Historiographie meist aus national verengten Blickwinkeln behandelt: Flucht und Vertreibung der Deutschen, „Repatriierung“ der ostpolnischen Bevölkerung oder Deportation der in Polen verbliebenen Ukrainer können als Stichworte benannt werden. Daß diese einzelnen Vorgänge ineinandergriffen und diese Segregation als mitteleuropäische „Strukturpolitik“ begriffen werden kann, gerät erst in den letzten Jahren in das Blickfeld der Wissenschaft. Hier kann der aus einer Tagung in Gliwicz/Gliwice (1997) hervorgegangene Sammelband mit Beiträgen deutscher, polnischer, ukrainischer, tschechischer und amerikanischer Historiker eine Orientierung geben.

Von den insgesamt 15 Aufsätzen sind acht der Segregationspolitik in Polen, drei den ethnischen Säuberungen in der Tschechoslowakei und drei weitere der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die deutschen Nachkriegsgesellschaften gewidmet. Zunächst stellen Mark Kramer und Philipp Ther die Entstehung von Vorstellungen ethnischer Säuberung seit dem 19. Jh. vor und geben einen Überblick über die grundlegenden Forschungsarbeiten zum Thema.

In den Themenkreis Polen führt Krystyna Kersten mit Überlegungen zum Zusammenhang von Zwangsmigration und Transformation der polnischen Nachkriegsgesellschaft ein. Sehr gut belegt sind die drei folgenden Regionalstudien zur ethnischen Entmischung in Pommern (Stanisław Jankowski), im südlichen Ostpreußen (Claudia Kraft) und in Oberschlesien (Bernard Linek). In den beiden letzten Fallstudien mußte die Verwaltung zunächst deutlich zwischen Deutschen und Polen trennen, die Bevölkerung in ethnische Kategorien einteilen (*weryfikacja*) und diese Segregation exekutieren. Einen in Deutschland wenig bekannten Fall von Zwangsmigration, die Zwangsaussiedlung der polnischen Bevölkerung aus dem ehemaligen Ostpolen, analysiert Jerzy Kochanowski auf der Basis von Akten der polnischen „Repatriierungs“-Behörden.